



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die constitutionelle Partei in Preußen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die constitutionelle Partei in Preußen.

Ein Schlag, den wir schon lange befürchten mußten, auf dessen Abwendung durch die vereinigten Kräfte der Partei wir aber dennoch gehofft hatten, hat uns jetzt zu Anfang des Semesters wirklich getroffen: das Centralorgan der Partei in Preußen, die Berliner Constitutionelle Zeitung, geht mit dem 1. Juli ein. Es wäre ein thörichtes Unternehmen, die ernste Bedeutung dieses Ereignisses weglängnen oder auch nur den Grund davon in der allgemeinen Calamität, welche durch den Zeitungsstempel und das nun leider in den Staatsanzeiger aufgenommene Postgesetz die gesammte Presse trifft, suchen zu wollen. Der Hauptgrund liegt vielmehr in einer tadelnswerthen Nachlässigkeit unsrer Partei, die diesmal um so weniger ein kleines Opfer in einer so ernstesten Sache hätte scheuen sollen, da dieses Opfer verhältnißmäßig ein sehr geringes war. In wenigen Monaten muß eine politische Agitation beginnen, deren Erfolg nicht bloß für den Verlauf der nächsten parlamentarischen Session, sondern für die gesammte constitutionelle Entwicklung Preußens entscheidend ist. Es ist voranzusehen, daß unter solchen Umständen der Mangel eines Centralorgans sich auf eine höchst peinliche Weise fühlbar machen wird.

Wie die Sachen stehen, hat jetzt die Provinzialpresse die wichtige Aufgabe, Tag für Tag ohne Unterlaß daran zu erinnern, daß jetzt der Zeitpunkt ist, wo unser ganzes System die Feuerprobe bestehen soll. Am verderblichsten wäre es, sich einem leichtsinnigen Optimismus zu überlassen. Bei der weitverbreiteten Blasirtheit in politischen Dingen, bei der stumpfen Gleichgiltigkeit der Massen, bei der Unklarheit und Unsicherheit unsrer nächsten Zukunft ist mit Sicherheit voranzusehen, daß nur eine thätige, entschlossene und unermüdlich arbeitende Partei auf die Wahlen einigen Einfluß gewinnen kann. Wir haben allen Grund, auf unsrer Gut zu sein, das nicht der bei weitem größte Theil der Wahlen in die Hände der Reaction falle.

Zwar wäre auch damit noch nicht das letzte Wort gesprochen, denn auch in der eigentlichen Reaction ist bereits eine sehr deutliche Meinungsverschiedenheit an den Tag getreten. Die eine Richtung derselben, die sich am klarsten in der berühmten Rede des Grafen Arnim ausgesprochen hat, will einfach die Rückkehr zum alten Absolutismus, allenfalls mit etwas ständischem Apparate, die andere dagegen, vorzugsweise durch die Kreuzzeitung vertreten, will bestimmte Vorrechte für den Adel und die Kirche, sowol der Krone als dem Volke gegenüber, und glaubt diese Vorrechte am zweckmäßigsten in einer parlamentarischen Form wahren und erwerben zu können. Es wäre also wol möglich, daß selbst in einer specifisch reactionairen Kammer der Zwiespalt zwischen diesen beiden Richtungen den vollständigen Bruch mit dem Constitutionalismus noch aufhalten könnte; allein einer-

seits ist diese Aussicht doch immer eine sehr bedenkliche, andererseits wäre es unser unwürdig, wenn wir zuließen, daß über uns ohne uns entschieden wird.

Es wäre ferner sehr ungeschickt, wenn wir annehmen wollten, unsre Partei sei eine geschlossene Masse, der nur die Parole erteilt werden dürste, um sich nach der einen oder nach der andern Seite hin in Bewegung zu setzen. Wir glauben allerdings, daß unter den Mittellassen im Ganzen die liberalen Ideen bei weitem die gangbarsten sind, und daß sie auch in dem Adel und in der Bureaucratie sich einer nicht geringen Verbreitung erfreuen; allein diese allgemeinen Ansichten reichen noch nicht aus, um in einer Wahlschlacht die Entscheidung herbeizuführen; es kommt vielmehr darauf an, mit unermüdlicher Ausdauer bei allen schwankenden Gemüthern die Ueberzeugung festzusetzen, daß diese Meinungen jetzt auch zur That werden müssen, wenn nicht die geistigen wie die materiellen Interessen des Volkes zu Grunde gehen sollen.

Es käme noch darauf an, das Verhalten festzustellen, welches wir den uns nahestehenden Parteien gegenüber beobachten sollen, da es kaum zu vermuthen ist, daß in den verschiedenen Wahlkreisen nur zwei Candidaten, die Candidaten der Reaction und des Liberalismus, auftreten werden. In dieser Beziehung weichen wir wesentlich von den Ansichten ab, welche die Constitutionelle Zeitung im Verein mit mehreren anderen Blättern unsrer Partei ausgesprochen hat. Von dieser Seite her wurde nämlich darauf gedrungen, daß wir die schroffe Stellung der Demokratie gegenüber aufgäben, daß wir, wenn nicht eine Fusion, doch wenigstens ein Compromiß mit den Demokraten eingehen sollten.

Gegen diese Idee haben wir beständig polemisirt, und wenn uns nicht andere Gründe dazu bestimmten, so würde wol der einfache Umstand ausreichen, daß nach aller Wahrscheinlichkeitsrechnung die sogenannte Demokratie, oder mit anderen Worten, das Publicum der Nationalzeitung, sich auch diesmal der Wahlen enthalten wird. Wir sagen das keineswegs, weil wir es wünschen; wir halten es vielmehr für ein großes Unglück für unsre Institutionen, daß eine immer bedeutende Klasse des Volks ihre Vertretung in denselben nicht findet; wir würden es für einen großen Gewinn ansehen, wenn intelligente und auf ihre Weise patriotische Männer, wie Waldeck, Unruh, Rodbertus u. s. w., aus ihrer pessimistischen Unthätigkeit herausträten und, wenn auch in der Form gegen uns, dem Wesen nach doch mit uns, an der Feststellung unsrer parlamentarischen Zustände arbeiten wollten. Allein wir wagen nicht darauf zu hoffen, denn es liegt im Interesse der leitenden Coterie, die bisherige Stellung festzuhalten. Sie stehen auf einer unnahbaren Höhe, von der aus sie das Gewühl der streitenden Kräfte mit Behagen überschauen und sich über die unschönen und lächerlichen Erscheinungen dieses Kampfes belustigen können. Jedes positive Eingreifen in die öffentlichen Zustände würde ihnen die Annehmlichkeit dieser Stellung rauben und sie in dieselbe mißliche Lage bringen, über die sie so lange und mit großem Er-

folg Wiße gemacht haben. Darum müssen wir den Gedanken einer Allianz mit der Demokratie als ganz unhaltbar bei Seite setzen.

Dagegen hat sich eine andere parlamentarische Partei gebildet, die, wenn sie kräftig unterstützt wird, für unsere Zustände eine nicht geringere Bedeutung haben kann, als unsere eigene. Wir meinen damit die eigentliche Centrumpartei, die Bethmann-Hollwegianer. Was man bis dahin Centrum nannte, war nicht eine Partei, sondern eine Localität, der leere Raum zwischen der Rechten und Linken, auf welchem die im Uebrigen braven und verständigen Männer Platz nahmen, die zu liberal waren, um nicht vor den Theorien Gerlach's und Stahl's zurückzuschrecken, und die zu wenig an ihre eigenen Ideen glaubten, um sie der executiven Gewalt gegenüber zu vertreten. Die Bethmann-Hollwegianer dagegen sind eine bestimmte, geschlossene Partei, die freilich bisher nur aus einem kleinen Kreise ehrenwerther, geistvoller und im Staatsleben bewanderter Männer besteht, die aber voraussichtlich, bei der Abneigung des Publicums gegen die Extreme, bei den neuen Wahlen einen reichen Spielraum für ihre Thätigkeit finden wird. Es scheint uns nun sehr zweckmäßig, schon jetzt in Aussicht auf die künftigen Wahlen daran zu erinnern, daß die Verstärkung dieser Partei ebenso in unsrem Interesse liegen muß, als die unsrer eigenen.

Ein liberales Ministerium scheint uns wenigstens für den Lauf der nächsten Jahre fast eine eben solche Unmöglichkeit für Preußen, als die Herstellung der deutschen Einheit. Ein Ministerium Bethmann-Hollweg dagegen ist nicht in dem Grad eine Unmöglichkeit. Nun wissen wir zwar sehr wohl, daß die Krone sich durch den Ausgang parlamentarischer Debatten nicht wird bestimmen lassen, ihre Rathgeber zu ändern; aber es ist doch etwas wesentlich Verschiedenes, ob ein Kreis von 10 — 20 Männern als Ministerium der Zukunft gegen die bestehende Regierung Front macht, oder ob dieser Kreis an der Spitze einer zahlreichen Schaar angesehenen Männer auftritt. Natürlich kann man auch hier keine mathematische Sicherheit ausrechnen, nicht einmal eine Wahrscheinlichkeitsformel, aber es ist doch damit eine Möglichkeit gegeben, und ohne diese ist nicht einzusehen, worauf wir eigentlich hinarbeiten sollen.

Vor allen Dingen aber müssen wir darauf denken, uns selbst zu rüsten, damit unser Einfluß mit einigem Gewicht in die Waagschale fällt. Jeder Einzelne, so unbedeutend auch anscheinend seine Kräfte sein mögen, kann hier das Seinige thun, und er darf vor keinem Opfer zurückscheuen, denn er erfüllt damit eine Pflicht gegen das Vaterland.